



**Harry Schnabel benennt die Herausforderungen von jüdischen Gemeinden durch die Pandemie.**

nnungsmodelle zur Steuerschätzung gibt  
e Menge. Die Bundesregierung hat hierfür  
s 1955 den «Arbeitskreis Steuerschätzung»  
gebildet. Ihm gehören unter Federführung  
Bundesfinanzministeriums Wirtschaftsfor-  
gungsinstitute, das Statistische Bundesamt,  
deutsche Bundesbank, ein Sachverständi-  
t sowie die Bundesvereinigung kommun-  
Spitzenverbände an. Aber selbst diesem  
karätig besetzten Gremium fehlt bei Aus-  
erscheinungen wie Corona ein zuver-  
Berechnungsmodell genauso wie den  
inern der Impfstoff gegen Covid-19.  
n kann eigentlich nur auf Basis vor-  
ener Bemessungsgrundlagen und unter  
ahme verschiedenster Szenarien hin-  
her interpolieren. Hier sind erfahrene  
heidungsträger gefragt, die nicht nur  
zmathematische Expertise haben, son-  
auch solche, die soziologisch, gesell-  
spolitisch und ethisch abwägen können.

**Wie viel Arbeit und Sorgen bereitet Ihnen  
tlich diese Lage?**

Krisenmanagement heisst seit Ausbruch  
Corona-Pandemie: Krisenmanagement!  
im Januar verabschiedeter Haushalt für  
Wirtschaftsjahr 2020 ist längst Makulatur.  
st bemüht, diese skurrile Zeit der Rezes-  
und Stagnation zu überstehen, ohne das  
silber» anzutasten. Wenn die Krise nicht  
r als zwei Jahre andauert und sich nicht  
r verschärft, sollte uns das in Frankfurt  
gen.

as mich am meisten umtreibt und mir  
rössten Sorgen bereitet, ist, dass von  
ffentlichen Hand in Aussicht gestellte

Finanzmittel zur Aufrüstung und Nachbes-  
serung von Sicherheitsmassnahmen ausblei-  
ben könnten. Der Anschlag auf die Synagoge  
in Halle hat gezeigt, dass in Sachen «Sicher-

heitsvorkehrungen» gerade kleinere Gemein-  
den besonderen Nachholbedarf haben.

In Frankfurt haben wir bei allen Baumass-  
nahmen der letzten Jahre die vom Landeskri-  
minalamt geforderten Sicherheitsauflagen  
und Empfehlungen übererfüllt. Die hierfür  
erforderlichen Finanzmittel kamen aus dem  
Haushalt unserer Gemeinde. Auch das inzwi-  
schen unentbehrlich gewordene Sicherheits-  
personal schlägt im Haushalt inzwischen mit  
einer siebenstelligen Summe zu Buche.

Es wäre in Zeiten des Anstiegs eines  
immer gewalttätiger und radikaler werdenden  
Antisemitismus eine fatale Fehleinschätzung  
zu glauben, an der Dringlichkeit, jüdische  
Gemeindeeinrichtungen besser zu schützen,  
hätte sich etwas geändert. ●

## Schweiz Spendenaufrufe und mehr

Auch in der Schweiz entwickelt sich die  
Gesundheits- zur Wirtschaftskrise: In einem  
Spendenaufwurf der Fürsorge- und Sozialkom-  
mission an die Mitglieder der Israelitischen  
Gemeinde Basel vom April heisst es: «Die  
harten wirtschaftlichen Konsequenzen, wel-  
che mit den strikten Gesundheits-Massnah-  
men einhergehen, beschäftigen uns stark.  
Bei der Fürsorge- und Sozialabteilung der  
Israelitischen Gemeinde – IGB häufen sich  
seit einiger Zeit zahlreiche Hilfsgesuche. Wir  
müssen davon ausgehen, dass dieser Trend  
noch zunehmen wird.» Auf Anfrage bestä-  
tigt die IGB «eine Steigerung der Anträge»  
um Hilfe. Gemeindepräsident Emmanuel  
Ullmann erläutert, «dass mit der Steigerung  
der Anzahl der Anträge unter gleichzeitigem  
Wegfall eines grossen Teils der Einnahmen  
(zum Beispiel durch Thoraspenden) eine  
finanzielle Lücke entstanden ist». Eran Sim-  
chi, Leiter des Sozialdiensts des Verbands  
Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen (VSJF),  
schätzt die Situation wesentlich erster ein  
als während der Finanzkrise ab 2008. «Diese  
Situation betrifft jeden Menschen. Sie ist sehr  
brutal und plötzlich über uns gekommen.

Natürlich lässt sich so etwas nicht im Voraus  
budgettieren. Menschen wissen nicht, wie  
es weitergeht, und ob sie nächste Woche zur  
Arbeit gehen oder nicht.» Als konkrete Bei-  
spiele nennt er etwa Kinder, die einen Laptop  
zum Online-Unterricht benötigen, oder  
Familien, die ihre Miete nicht mehr bezahlen  
können. «Wenn das 1800 Franken sind, sind  
das in zehn Fällen schon 18 000 Franken.  
Auch Risikogruppen werden weiter Trans-  
portunterstützung und Essenslieferung  
brauchen.» Wie lange die Notlage dauern  
werde, lasse sich derzeit nicht sagen. In der  
Jahresrechnung werde man «jedenfalls einen  
Sprung sehen», so Simchi. Bislang verwen-  
de der VSJF eigene Mittel, um die Situation zu  
bewältigen. Bei Bedarf gebe es nächstes Jahr  
noch andere Möglichkeiten. Klar sei aber  
auch: «Wir können die Leute nicht unbe-  
grenzt unterstützen.» Am Anfang der Krise  
wiesen Gemeinden und SIG Rettungsfonds  
noch von sich und verwiesen auf die staatli-  
chen Hilfsprogramme. Die Israelitische Cul-  
tusgemeinde Zürich sendet in diesen Tagen  
schon mal einen Spendenaufwurf für Fürsor-  
gefälle aus. TA